



## Zähe Verhandlungen wegen Produktionsprogramm 2011:

# Betriebsrat fordert Neueinstellungen und Investitionen - Werkleitung Ausweitung der Wochenendarbeit

Aktuell prüft die Unternehmensleitung ein Produktionsprogramm von ca. 1,25 Millionen PKW. Einzelne Prognosen deuten sogar an, dass im Jahr 2011 bis zu 1,3 Millionen Mercedes gebaut werden sollen. Dabei soll nach Vorstellung der Werkleitung in hohem Umfang Wochenendarbeit geleistet werden. Bereits im 1. Quartal sehen die Planungen eine extreme Anwesenheit am Wochenende vor: in der 16. Schicht rund 1.000 in der 17. Schicht 600 und in der 18. Schicht immer noch 250 Kollegen. Dazu kämen noch 150 Kollegen in der Wochenendschicht.

Dem Betriebsrat wurde eine Personalplanung vorgestellt, die statt Neueinstellungen immer noch eine Reduzierung der Belegschaft vorsieht. Wie soll das denn gehen? In vielen Bereichen fehlt doch definitiv Personal. Zum Teil wurden unter der Woche Maschinen abgestellt, weil zu wenig Anlagenbediener oder Instandhalter da waren. Und am Wochenende mussten die Kollegen dann wieder die Ausfälle mit Überstunden aufholen.

Die Anzahl der Leiharbeiter ist fast an der 8%-Obergrenze. In der PTU gibt es einzelne Kostenstellen, in der die Stammbesellschaft bereits so ausgedünnt ist, dass die Leiharbeiter zwischenzeitlich über 30 % der Gesamtbelegschaft ausmachen. Neueinstellungen sind schon lange überfällig.

### Investitionen äußerst spärlich

Auf den Betriebsversammlungen meinte Werkleiter Schabert, dass man die Anlagenkapazitäten „im Auge behalten muss.“ Lieber Herr Schabert: Man muss sie nicht nur im Auge behalten, sondern endlich wieder deutlich erhöhen. Die Sparprogramme während der Krise haben uns die viel zu niedrige Anlagenkapazität eingebrockt. Um wieder vernünftig arbeiten zu können, muss man jetzt nicht nur kleckern, sondern klotzen. Da reichen die geplanten Nachinvestitionen in Höhe von 33 Millionen Euro bei weitem nicht aus.

### Werkleiter erkennt auch Belastungsgrenze

„Das Werk Untertürkheim würde deutlich über der Belastungsgrenze gefahren“, meinte Herr Schabert gegenüber dem Betriebsrat. Spricht's und rechtfertigt trotzdem das „weiter

so.“ Anstatt beim Vorstand ausreichend Investitionen in zusätzliche Anlagenkapazität zu beantragen, wird sogar teilweise Fremdvergabe in's Auge gefasst. Immer dann nämlich, wenn sich die Investitionen nicht „lohnen“. Dann werden die Stückzahlen innerhalb der „Schwankungsbreite“ -gemeint sind bis zu 18 Schichten Produktionszeit- bei uns produziert. Mit Überzeit versteht sich. Und was darüber hinausgeht, wird dann halt fremd vergeben.

Geht's noch?! Unsere Kollegen sollen am Wochenende die Knochen hinhalten, weil sich Investitionen „nicht lohnen?“ Klar ist jedenfalls: Für uns lohnt sich diese überzogene Wochenendarbeit nicht. Sie macht uns krank, treibt nur die Scheidungsrate hoch und letztlich sichert sie doch keine Arbeitsplätze.

### Echte Mehrarbeitsgrenzen

Deshalb wird der Betriebsrat dieser ausufernden Mehrarbeit auch Gren-

zen setzen. 1.200 Verstöße gegen die 20-Stundengrenze aus dem Tarifvertrag allein im September sind eindeutig zu viel. Der Betriebsrat kann laut TV auch andere Höchstgrenzen vereinbaren. Ausschließlich für Bereiche mit Engpassarbeitsgruppen wird dies auch diskutiert. Aber ganz bestimmt nicht, wenn am Schluss statt der Investition in zusätzliche Anlagen und mehr Personal die Fremdvergabe steht.

### Freischicht nicht als Krisenpuffer

Außerdem fordert der Betriebsrat wieder ein System, das den zeitnahen Abbau von aufgebauten Freischichten ermöglicht. (Siehe auch Artikel auf Seite 2) Die Werkleitung hingegen will, dass erst mal alle 105 Stunden in ein so genanntes „Krisenkonto“ einbringen. Arbeitszeitvorschuss von uns für die nächste Krise der Kapitalisten? Nicht mit uns. Dem haben wir eine klare Abfuhr erteilt.



## Dem Arbeitsplätze vernichtenden Missbrauch der Freischicht durch die Firma entgegenwirken Selbststeuerung der Freischichten: ein Treppenwitz!

In den letzten Monaten ist die Selbststeuerung der Freischichtnahme durch die Gruppen schlichtweg ein Treppenwitz. Wenn die Kolleginnen und Kollegen ihre Wünsche äußern und die Gruppen entsprechend unter Berücksichtigung des Produktionsbedarfes planen, wird dies durch den tatsächlichen Personalmangel ständig über den Haufen geworfen.

Die einen Führungskräfte verbieten kurzfristig die Freischichtnahme. Andere bitten um Verschiebung. Wieder andere lassen Euch spüren, dass eine Verschiebung gewünscht ist (...man denke an den Karriereknick!). Auch die Sperrung des Steuerungssystems QUAP ist an der Tagesordnung.

Euch wird vorgegaukelt, als Gruppen selbst planen zu können, die Realität allerdings sieht anders aus.

Dem Unternehmen wäre es am liebsten wenn sie uns, je nach wech-

selndem Bedarf, in der Fabrik haben könnte oder auch nicht – ohne den erforderlichen Bruttopersonalstand in den direkten Produktionsbereichen berücksichtigen zu müssen.

Aus diesem Grund muss der Betriebsrat eine verbindliche, zeitnahe Regelung zu den Freischichtnahmen treffen. Ziel muss es sein, die innerhalb von z.B. 6 Wochen aufgebauten Freischichten auch wieder bis zum Ende der 6 Wochen abzubauen.

Am sinnvollsten wäre dafür aus meiner Sicht ein Kartensystem, ähnlich dem zu Beginn der erkämpften Arbeitszeitverkürzung Mitte der 80iger Jahre.



Diese Freischichtkarten dokumentieren eure geplanten, nicht durch die Führungs-

**Hans-Jürgen Butschler**  
Betriebsrat, Tel. 67960

kraft verschiebbare Abwesenheit durch Freischicht. So wird die Firma gezwungen, tatsächlich zusätzliches Personal zum Ausgleich für Abwesenheit vorzuhalten.

Ich werde mich innerhalb des Betriebsrates dafür einsetzen, dies wieder einzuführen.

Der eine oder andere von Euch mag dies kritisch sehen. Denn scheinbar wird damit auch die persönliche freie Verfügung über die FA eingeschränkt. Aber Hand auf's Herz: bei den allermeisten verfügt doch inzwischen eh die Firma übers FA nehmen!

Wenn ihr Eure Freischichten schon nicht nach euren Plänen bekommt, so müssen wir verhindern, dass das Unternehmen eure Zeit verplant und die Beschäftigung schaffende und Beschäftigung sichernde Wirkung der Arbeitszeitverkürzung ausgehebelt wird!



# Schöne Weihnachten und einen guten Rutsch !

### Vorsicht bei Anrufen im CallCenter:

## Basta-Politik mit der Ergebnisbeteiligung von Kollegen?

Kollege Stefan Wendl in UT hat im CallCenter angerufen nur um sicherzustellen, dass er seine Ergebnisbeteiligung in voller Höhe für das Geschäftsjahr 2009 ausgezahlt bekommt. In dem Zusammenhang sagte er noch am Telefon, in den schweren Zeiten brauche er das Geld jetzt!

Eine Woche später erhielt er von der Firma ein Schreiben, dass er angeblich durch seinen Anruf im CallCenter die Umwandlung der Ergebnisbeteiligung in Vorsorgekapital bestätigt habe. Ausbezahlt werde also nichts.

Kollege Wendl fiel aus allen Wolken - er hatte doch extra dort angerufen, um die Auszahlung sicherzustellen, weil er in den Jahren davor immer die Vorsorgekapital-Option gewählt hatte.

Als Bereichsbetriebsrat habe ich nach geforscht und landete mit meiner Anfrage bei der Leiterin der Versorgungspolitik PER/PPP.

Auf meine Frage, ob ihr irgendein Beleg oder eine Unterschrift des Kollegen vorliege, bekam ich die Antwort: der Kollege habe im Callcenter angerufen, damit sei klar, dass er nicht Auszahlung, sondern Vorsorgekapital gewählt habe.

Was er tatsächlich gesagt hat, soll also nichts zählen???? So geht das überhaupt nicht!

Aus meiner Sicht als Betriebsrat kann das nicht so funktionieren, dass eine Entgeltumwandlung als veranlasst gilt, nur weil ein Kollege im Service Center angerufen hat!

„Was der am Telefon gesagt hat, bestimme ich“, so eine Basta-Kultur

ist völlig unakzeptabel! Ich fordere die zuständige Abteilung auf, dies zu korrigieren und mit dem Geld des Kollegen so zu verfahren, wie er es wollte!

Die Ergebnisbeteiligung haben die Kollegen erarbeitet, ja erschuftet. Sie sollten also auch, wie es früher einmal war und heute noch korrekt

wäre, mit einer Unterschrift entscheiden, ob sie ihre Ergebnisbeteiligung gewandelt oder ausgezahlt haben wollen!



**Witold Müller**  
Betriebsrat, Tel. 22261

### alternative - Kontakt:

Thomas Adler	☎60140	Mate Dosen	☎66043
Reiner Böhmerle	☎64032	André Halfenberg	☎64358
Martin Bott	☎67965	Witold Müller	☎22261
Jürgen Butschler	☎67960	Georg Rapp	☎57483
Michael Clauss	☎67977	Serkan Senol	☎60915

Internet: [www.alternative-info.org](http://www.alternative-info.org)

Fachkräftemangel organisiert durch Dr. Zetsche:

## Für 2011 noch weniger Auszubildende geplant!

In der besinnlichen Vorweihnachtszeit gehört es sich, über die verfehlte Ausbildungs- politik der Werkleitung Untertürkheim Gedanken zumachen. Die Lehrlingszahlen wurden schon in den vergangenen Jahren deutlich gesenkt. 2011 sollen noch einmal weniger, insgesamt nur noch 144 technisch- gewerbliche Lehrlinge, ausgebildet werden. Das sind Personalka-

puttsparmaßnahmen und nichts anderes. Die Auswirkungen müssen die die Abteilungen vor Ort ausbaden. Sie bekommen, obwohl hundertfach angefordert, keine Jungfacharbeiter, weil schlichtweg nicht mehr nach Bedarf ausgebildet wird, sondern nach Zielkostenvereinbarungen! Der Ausbildungsleiter Hr. Storr lebt solche Zielrenditevorgaben seines Vorstandsvorsitzenden sehr



gerne bis zum Exzess aus. Er behauptet bei jeder Gelegenheit, 150% Stimme seines Herrn, dass zukünftig weniger Facharbeiter gebraucht würden und deshalb weniger ausgebildet wird. Natürlich weiß er, dass es aktuell ca. 650 Leiharbeiter im Werk gibt mit steigender Tendenz und diese natürlich „billiger“ sind als Jungfacharbeiter auszubilden und einzustellen.

Sogar die 100% Übernahme der Jungfacharbeiter hält dieser super- eifrige Profit-Steigerer für kritisch und zu weit gehend, obwohl es vor allem in den Instandhaltungsbe- reichen, den Fertigungen und der Gießerei wegen Fachkräftemangel lichterloh brennt!

### Kurskorrektur bitter nötig

Die 3 tragenden Säulen des Werks Untertürkheim sind Facharbeiter, Ingenieure und Konstrukteure, des- halb ist es der krottenfalsche Weg, den Fachabteilungen den Zufluss durch Jungfacharbeiter abzuschnei- den. Damit trocknet man bewusst das Werk aus! Zum 125 jährigen Jubiläum des Konzerns fordern wir die Einstellung von 125 zusätzlichen



Lehrlingen im Ein- stelljahr 2011 und die echte Bekennt- nis zum Ausbil- dungsstandort Un- tertürkheim!

Serkan Senol  
Betriebsrat, Tel. 60915

### Firma lenkt ein:

## Fremdvergabe abgewendet

Ursprünglich wollte die Gießereilei- tung Arbeiten aus der Leichtmetall- Schmelzerei Kst.1254/44 an die Firma Falkenstein fremdvergeben - für einen Stundenlöhne unter 9 €. Dagegen hatte sich die Mehrheit der Stammebelegschaft und der Betriebs- rat ausgesprochen (wir haben dar- über berichtet in alternative 87).

Die große Mehrheit der Stamm- Mannschaft spricht sich dafür aus, dass die Arbeiten weiter von Daim- ler-Kollegen zu Daimler-Löhnen ge- macht werden müssen. Für sie ist nicht das Problem die Arbeit, son- dern der permanente Personalman- gel.

Der führt dazu, dass die gleiche Menge Arbeit mit immer weniger Personal gemacht werden muss. „Man kommt nicht mal mehr zum Pause machen,“, sagten die Kolle- gen. All das verschleißt die Gesund- heit am allermeisten!

Belastend ist auch der sehr hohe Leiharbeiteranteil: durch den ständi- gen Wechsel müssen immer wieder Neue ein gelernt werden.

### Betriebsrat erhält Zusicherung

Nach einem zweiwöchigen Arbeits- versuch durch die Firma Falken- stein erhielt der Betriebsrat die Zusa- ge der Gießereileitung, dass mehr Stammpersonal hinzukommen wer- de durch vier Auslerner ab Februar . Zusätzlich sollen 15 Leiharbeiter für zwei Jahre als befristet Beschäftigte gewandelt werden.

Wir sind überzeugt davon, dass dies ein richtiger Schritt ist - für den Be- reich und für die Kollegen der Schmelzerei!

Ein richtiger Schritt, der beweisen wird, dass man mit vernünftiger Per- sonalpolitik besser fährt als mit Fremdvergabe.

Und nicht zuletzt zeigt er, dass sich eine einige Mannschaft gemeinsam mit ihrem Betriebsrat erfolgreich gegen Fremdvergaben stellen kann. Wie Bertolt Brecht schon sagte: Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.



André Halfenberg  
Betriebsrat, Tel. 64358

## 1.100 Festeinstellungen bei Mercedes in Brasilien

Am 17. November wurden im LKW - Werk von Mercedes Benz in Brasi- lien 680 befristete Arbeitsverträge, die am Tage zuvor ausgelaufen wa- ren, in unbefristete umgewandelt. Diese KollegInnen haben jetzt einen festen Arbeitsplatz in der Fabrik . Großer Jubel bei den Betroffenen, aber auch bei allen anderen.

Des Weiteren werden Mitte Januar erneut mehrere Hundert Verträge in derselben Weise verändert. Damit wären dann 1 100 feste Arbeitsplätze geschaffen.

Wie die Gewerkschaft sagt, ist damit die Zahl der befristet Beschäftigten auf Null gefahren!!! Die in Brasilien momentan herrschende Hochkon- junktur in der LKW - Produktion hat die Gewerkschaft auf diese Weise zum Vorteil der Belegschaft ausnut- zen können. Auf so eine zupackende und konsequente Politik muss die Belegschaft hier leider immer noch warten...

### Impressum

Herausgeber: Basis e.V., Esslingen  
V.i.S.d.P: Christa Schnepf, Stuttgart  
Druck: Ottmar Jaiser, Stuttgart

# PWI – ein Wintermärchen?

Es war Thema auf den Betriebsversammlungen letzte Woche: das externe Geschäft in der Untertürkheimer PKW-Instandsetzung PWI soll organisatorisch zur Niederlassung wechseln. Das bedeutet, dass die Reparaturannahme und die Werkstatt zwar örtlich dort bleiben sollen, wo sie auch gerade sind – aber in der Hand der Niederlassung.

Grund: die Klage eines Sindelfinger Mercedes-Händlers. Er fühlt sich benachteiligt gegenüber der PWI, weil

Daimler seinen Händlern bestimmte Vorgaben bezüglich der Kundempfangsräume vorschreibt. Er als Händler muss diese Vorgaben einhalten, während bisher die PWI davon ausgenommen war. Das ist die Vorgeschichte.

Im Oktober dieses Jahres hat die Werkleitung den Betriebsausschuss zu dem Sachverhalt informiert. Die Aussage war: der Umbau wird

durchgeführt, Niederlassung steht drauf, PWI ist drin – und unseren PWI-Beschäftigten passiert nichts, sie machen die Arbeit weiter wie bisher.

Mit der Zeit erkannten aber Mannschaft und BR, dass die Dinge in eine andere Richtung laufen.

Dadurch, dass die PWI-Kollegen die Arbeit als Abordnung weiterführen sollten, wurde uns klar, dass dies so ein Tod auf Raten für das externe Geschäft würde, es war sogar die Rede von 2 Jahren. Danach würde die Niederlassung die Arbeit komplett übernehmen!

Der Verdacht, dass die ganze Aktion nur dazu dienen soll, Einsparungen zu erzielen, drängt sich geradezu auf. Schließlich arbeiten die Kollegen in der Niederlassung unter dem viel ungünstigeren Handwerkstarif und unter deutlich härteren Leistungsbedingungen!

Und welchen Sinn macht es, dass

das Werk Untertürkheim die Umbaumaßnahmen zahlt – und alles zusammen dann der Niederlassung „geschenkt“ wird? Wenn also wir als Werk den Markenstandard herstellen und das alles bezahlen, warum können wir dann auch selber das Geschäft nicht machen? Denn dagegen hat ja niemand geklagt!

Steckt also hinter allem einfach eine Entscheidung des Vorstands? Mit der Absicht, noch mehr Profit herauszuschlagen aus der PWI?

Eine Verhandlungsgruppe des Betriebsrats wird jetzt jedenfalls die Hintergründe beleuchten und klären, ob man uns da ein Wintermärchen erzählt hat. Und vorsorglich hat der BR schon mal beschlossen, einen Rechtsanwalt einzuschalten.



Weitere Maßnahmen werden der Belegschaft und dem BR sicher noch einfallen – und das ist kein Märchen!

**Mate Dosen**  
Betriebsrat  
Tel. 66043

## Unfall oder Rückfall?

# IGM-Vorstand fordert Geld für Rüstung

Die Bundesregierung will den Rüstungs-Haushalt kürzen. Natürlich nicht, weil sie abrüsten und raus aus Afghanistan will. Sondern aus purer Finanznot, denn unsere Steuergelder sind schon bei den Banken gelandet.

Bei all dem Wahnsinn wären Kürzungen bei der Rüstung eigentlich nicht die schlechteste Nachricht. Doch was macht der IG Metall-Vorstand? Er warnt den Verteidigungsminister davor und kündigt Widerstand an...

Als es vor einigen Monaten noch massenhaft Proteste aus der Mitgliedschaft hagelte, weil er sich für den Weiterbau des Militärtransporters A400 eingesetzt hatte, hat er versucht, sich mit den zivilen Einsätzen dieses Flugzeugs aus der Affaire zu ziehen. Dass das nicht der eigentliche Zweck des A400 ist, weiss jedes Kind.

Jetzt wird die Forderung nach mehr Geld für die Rüstung mit der Sorge um die Arbeitsplätze der KollegInnen in der Kriegsindustrie begründet. Dass die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, kann jeder verstehen. Wenn die Antwort der IG Metall auf diese Sorge nur heißt:



„Geld für's Militär muss her!“, dann ist das ein politisches Armutszeugnis.

Und ein beängstigender Rückfall. Denn auch da war die IG Metall schon mal weiter. So hatte sie zum Beispiel im militärischen Schiffbau Arbeitskreise eingerichtet, die eine Umstellung der Produktion auf zivile, gesellschaftlich nützliche Güter untersucht und propagiert haben. „Produkte für das Leben - statt Waffen für den Tod“ hieß die Forderung und war IGM-Programm für zehntausende in der Rüstungsindustrie beschäftigte IG Metaller. Dass die KollegInnen dort wirklich so versessen darauf wären, nur Maschinen fürs

Töten zu konstruieren und zu bauen, darf wohl bezweifelt werden.

Und man darf eines nicht übersehen: Diese Arbeitsplätze werden allesamt direkt mit Milliarden aus unseren Steuergeldern bezahlt! Was für ein Irrsinn: Milliarden für Produkte, die bestenfalls nach ein paar Jahren unbenutzt wieder verschrottet werden, in der Realität aber zunehmend Tod und Unglück in die Welt tragen!

Würden durch Abrüstung 30000 Arbeitsplätze für die Kriegsproduktion wegfallen, können Wege gefunden werden, diese KollegInnen für viel sinnvoller zu bezahlen und zu beschäftigen. Auch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich würde da helfen. Für den Lohnausgleich wäre jeder im Rüstungshaushalt gekürzte Euro besser angelegt als in Militärproduktion!

Von einer Gewerkschaft, der Vertretung der ArbeitnehmerInnen dieser Republik, erwarten wir eine andere Strategie als nur ein bequemes „weiter so“!



**Georg Rapp**  
Ersatzbetriebsrat  
Tel. 57483